

Asylarbeit Buchen

Ist Integration politisch überhaupt gewollt?

Austausch über Asyl und Integration im Landkreis - Rechtssicherheit für Betriebe und Azubis ist noch nicht angekommen

🔴 Noch 10 Gratis-Artikel diesen Monat.

📄 RNZonline Angebote

✕

18.10.2017, 06:00 Uhr



Symbolbild: dpa

Buchen. Das zweite "Gespräch in einem Boot" über Asyl und Integration fand im Alten Rathaus in Buchen statt. Eingeladen hatten die Asylkreise mit Unterstützung des Diakonischen Werkes die Kreistagsfraktionen, die Landkreisspitze und die Wohlfahrtsverbände. Insgesamt kamen rund 30 Aktive zusammen.

Der Beigeordnete der Stadt Buchen, Thorsten Weber, betonte: "Das Thema Integration wird uns noch sehr lange in allen Feldern der kommunalen Arbeit beschäftigen. Die Sozialarbeit zurückzufahren würde nicht funktionieren." Weber bedankte sich bei den Ehrenamtlichen und lobte die gute Zusammenarbeit mit dem Asylkreis vor Ort.

Guido Zilling, Geschäftsführer des Diakonischen Werkes, führte aus, dass das Ehrenamt einen guten Rahmen für Integrationsarbeit brauche. Die Erfahrungen der Ehrenamtlichen seien eine wertvolle Ressource für Planungen auf politischer wie behördlicher Seite.

Zur Sprache kam, von welchen Unwegsamkeiten die Integration in den Arbeitsmarkt für Asylbewerber sowie den Ausbildungsbetrieb geprägt ist: Wenn der Ausgang des Asylverfahrens noch nicht bekannt ist, besteht die Unsicherheit, ob der Betroffene im Falle eines negativen Asylbescheids ein Arbeitsverbot bekommen könnte und dann auch abgeschoben würde. Man stellte fest: Die im Integrationsgesetz angestrebte Rechtssicherheit für Azubi und Betrieb ist bisher nicht in behördlichen Prozessen abgebildet.

Dass man Integration aber nicht rückabwickeln sollte und vor allem auch die dringenden Fachkräfte im ländlichen Raum benötige, betonte Kreisrätin Amelie Pfeiffer, Bündnis 90/Die Grünen. Die Vertretungen der CDU-Fraktion des Kreistages, Jens Wittmann, und der SPD-Fraktion, Heide Lochmann, pflichteten Pfeiffer bei. "Die Problematik um die Ausbildungsduldung muss vom Landkreis eine politische Ebene höher ins Regierungspräsidium getragen werden", schloss Nancy Gelb, ev. Kirchenbezirksbeauftragte für Flucht und Migration.

Peter Wojcik, Integrationsbeauftragter des Landkreises, verdeutlichte die Anschlussunterbringung. Bis Ende 2017 seien 380 Personen aus den Gemeinschaftsunterkünften zu entlassen. Wenn kein Wohnraum gefunden wird, sind die Menschen in die Obdachlosenunterkünfte zu verbringen. Elsbeth Wojtanowski präsentierte ein Beispiel: Aufgrund der Wohnsitzauflage sind Flüchtlinge verpflichtet, eine Wohnung am Ort zu nehmen. Ob das bei den wenigen Angeboten gelingen kann, sei zu bezweifeln.

Grundsätzlich sei der fehlende, bezahlbare Wohnraum im Landkreis problematisch. Daher wiesen die Ehrenamtlichen auf die Notwendigkeit des sozialen Wohnungsbaues, der Umsetzung alternativer Wohnmodelle wie "Wohnen für Hilfe" und auf das Fehlen eines Sozialtickets hin.

Der Wunsch an die Landkreisverwaltung wurde formuliert, Unternehmen über rechtliche und organisatorische Besonderheiten bei Asylbewerben zu informieren und Unterstützung für Betriebe beim Thema "Integration in die Belegschaft" zu geben. Beispiele von Mobbing und Fremdenfeindlichkeit seien leider vereinzelt bereits aufgetreten.

Franziska Hahn vom Asylkreis Buchen erläuterte, dass Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei: Arbeitsmarktintegration, Integration in Kindergärten und Schulen, bezahlbares Wohnen. Somit sollte man nicht "die Geflüchteten" integrieren, sondern Strukturen schaffen, in denen niemand verloren geht. Die Ehrenamtlichen seien in den turbulenten Anfangszeiten dem Appell zur Integrationsarbeit gefolgt. In vielerlei Hinsicht herausfordernd sei die Unterstützung gewesen. Doch nun, am Beginn des vierten Jahres der ehrenamtlichen Arbeit, sei man an einem Punkt, wo man sich frage, ob es naiv war, so viel für diese Menschen zu tun, ob es von politischer Seite überhaupt gewollt sei, Menschen in Schule, Arbeit, Ausbildung und eigene Wohnungen zu bringen. Wenn es um gesetzliche Rahmenbedingen geht, wird unterschieden in Menschen mit guter und schlechter Bleibewahrscheinlichkeit. Integrationsbemühungen würden bei Abwägungen nicht betrachtet.



Dr. Björn-Christian Kleih, Erster Landesbeamte beteuerte: "Wir bemühen uns, mehr als den Namen der geflüchteten Person zu sehen. Und ich danke Ihnen sehr für Ihr Engagement." Zudem stimmte er ein, dass es gefestigte Zusammenarbeit im Netzwerk geben müsse. Das Landratsamt nehme gerne an einem kreisweiten Gremium für Integration im Jahr 2018 in teil.

RNZ-WHATSAPP-Newsletter

Die wichtigsten Meldungen aus der Metropolregion Rhein-Neckar per WhatsApp. Erhalte alle Neuigkeiten der "Rhein-Neckar-Zeitung" direkt auf Dein Smartphone.

WhatsApp
mit Handynummer

© by WhatsBroadcast

[Weiter Infos lesen hier »](#)

Copyright © Rhein-Neckar-Zeitung 2017 | [Impressum](#) | [Datenschutz](#) | [AGB](#)

Website by [Rhein-Neckar-Zeitung](#)